



2018/46 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2018/46/selbst-ist-die-flucht>

Die Regierung von Honduras weist die Verantwortung für die Massenflucht aus dem Land von sich

Selbst ist die Flucht

Von **Nicolas Grimm**

Die Regierung von Honduras weist die Verantwortung für die Massenflucht aus ihrem Land von sich - der Journalist Bartolo Fuentes soll die Menschen, die derzeit in sogenannten Karawanen versuchen, in die USA zu gelangen, zur Flucht angestiftet haben. Die USA erhöhen derweil den Druck auf Mexiko und mittelamerikanische Länder.

Der Mann, der rund 10 000 Migrantinnen und Migranten aus Mittelamerika zur Flucht animiert haben soll, sitzt in den Räumlichkeiten einer Stiftung in Mexiko-Stadt. Bartolo Fuentes ist froh, dass ihm die Ausreise aus Honduras noch rechtzeitig gelungen ist. Er habe sich nicht mehr sicher gefühlt. Seit Mitte Oktober haben sich Tausende Menschen aus Mittelamerika in drei großen Gruppen, sogenannten Karawanen, auf den Weg in die USA gemacht (Jungle World 44/2018). Die Regierung von Honduras sucht nach einem Schuldigen für die Massenflucht, die zu einer Krise in den Beziehungen zu den USA geführt hat. In dem 54jährigen Journalisten und ehemaligen Abgeordneten der linken Partei Libre hat sie diesen gefunden. »Bartolo Fuentes fördert die irreguläre Migration. Er betrügt die Bürger und macht ihnen falsche Versprechungen«, sagte die honduranische Außenministerin María Dolores Agüero.

Fuentes erzählt, wie er in Guatemala festgenommen wurde, als er die Flüchtlinge als Journalist begleitete. Auf der Wache sah er im Fernsehen, wie Guatemalas Präsident Jimmy Morales verkündete, man habe den »Anführer der Karawane« bereits festgenommen. Nach seiner Abschiebung ist Fuentes schließlich aus Honduras geflohen, als die Regierung ankündigte, man werde die Organisatoren der Migrationsbewegung verurteilen.

»Täglich fliehen 300 Menschen. Niemand muss diese Menschen zur Flucht anstiften.«

Bartolo Fuentes, Journalist

Den Vorwurf weist Fuentes zurück: »Täglich fliehen 300 Menschen. Niemand muss diese Menschen zur Flucht anstiften. Man muss doch nur rechnen. Wenn 5 000 bis 7 000 bei der

Karawane dabei sind, dann ist das die Zahl, die normalerweise in zwei Wochen flieht. Die hören davon und warten ein paar Tage oder entschließen sich, früher aufzubrechen.« Die Gruppe, die am 12. Oktober von San Pedro Sula in Honduras loszog, kündigte ihr Vorhaben auf Facebook an. Fuentes unterstützte die Idee, sich in einer großen Gruppe zusammenzuschließen: »Das rettet Leben.« Daher habe er Anfang Oktober auch den entsprechenden Aufruf auf Facebook geteilt. Zur Größe des Exodus hätten jedoch hauptsächlich die Medien beigetragen, die ihn mit ihrer negativen Berichterstattung erst recht bekannt gemacht hätten, so Fuentes.

Es sind wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, Kriminalität und Gewalt, die die Menschen massenhaft in die Flucht treiben. In Honduras habe sich die Lage nach dem Putsch gegen den linken Präsidenten Manuel Zelaya im Jahr 2009 verschärft, sagt Fuentes. Die konservative Nationale Partei (PN) gewann die nächsten Wahlen und hält sich seither an der Macht. Die Wahlen im November 2017, zu deren Sieger letztlich Juan Orlando Hernández erklärt wurde, der sich damit eine weitere Amtszeit als Präsident sicherte, seien Beobachtern zufolge erheblich manipuliert gewesen.

In neun Jahren Regierungszeit hat der PN den Arbeitsmarkt liberalisiert, den staatlichen Stromkonzern privatisiert und Bergbaukonzessionen für gut ein Drittel der Landesfläche vergeben. Die Folgen sind steigende Energiekosten, ein Anwachsen des informellen Sektors und Wassermangel in den Bergbauregionen. Das Gesundheits- und Bildungssystem befinden sich in einem desolaten Zustand. »Wenn du mit einem gebrochenen Arm ins Krankenhaus gehst, musst du den Gips selbst mitbringen«, erzählt Fuentes. Von einem öffentlichen Schulsystem könne kaum noch die Rede sein: »Die Eltern bezahlen Lehrer und Reparaturen am Schulgebäude aus eigener Tasche. Viele Familien können sich das nicht leisten, deswegen haben wir eine halbe Million Kinder, die nicht mehr zur Schule gehen.« Wem es gelinge, eine bescheidene Existenz aufzubauen, der sehe sich oft gezwungen, Schutzgeld an kriminelle Banden zu zahlen.

Nachdem das Militär die Proteste gegen den Wahlbetrug Ende 2017 niedergeschlagen hatte, hätten viele Menschen die Hoffnung verloren, dass sich an der Situation etwas ändern könnte.

Mit den Gefahren, denen Migrantinnen und Migranten auf dem langen Weg in die USA ausgesetzt sind, kennt sich Fuentes gut aus. Seit 1999 arbeitet er mit Familien zusammen, deren Angehörige auf dem Weg zur US-Grenze verschollen sind. Eine große Gruppe biete besseren Schutz vor Überfällen und Menschenhandel, aber auch vor Unfällen. Er illustriert das anhand der Praxis der Menschen, die Mexiko auf den Dächern von Güterzügen durchqueren, wegen des großen Risikos auch bekannt als »Todeszug« oder »La Bestia« (Die Bestie). Kleinere Gruppen seien gezwungen, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, denn wo dieser zum Stehen komme, drohen Festnahmen. Dabei komme es oft zu schweren, teils tödlichen Unfällen. Einer großen Gruppe sei es jedoch möglich, auf den stehenden Zug aufzusteigen. Die Migration durch Mexiko sei ein großes Geschäft, erzählt Fuentes. »Migrationsbehörden, Bundespolizei und Gemeindepolizei nehmen Geld von den Migranten. Und wir haben gehört, dass sogar das Personal der Güterzüge kassiert.« Oft komme es zu Entführungen, bei denen die Migrantinnen und Migranten festgehalten werden, bis ihre Familien Lösegeld zahlen. Nationale Bekanntheit erlangte im Jahr 2010

das Massaker von San Fernando im mexikanischen Bundesstaat Tamaulipas, bei dem die kriminelle Organisation »Los Zetas« 72 Migrantinnen und Migranten ermordete, weil diese nicht bezahlen wollten. In den selbstorganisierten Karawanen sieht Fuentes eine Möglichkeit, dem illegalen Geschäft mit den Migranten die Grundlage zu entziehen.

Dennoch bleibt der lange Weg zur US-Grenze ein gefährliches Unterfangen. Es ist schwer, die Gruppe zusammenzuhalten. Wer das Glück hat, per Anhalter mitgenommen zu werden, reist voraus. 65 Kinder und sieben Frauen werden derzeit vermisst. Sie wurden vermutlich im Bundesstaat Veracruz von Menschenhändlern entführt. Vergangene Woche waren rund 5 000 Teilnehmer der »Karawane« in Unterkünften in Mexiko-Stadt untergekommen. Mittlerweile haben dem mexikanischen Innenministerium zufolge über 3 200 Menschen, die mit einer der »Karawanen« ankamen, Asylanträge eingereicht.

Die anderen haben am Wochenende ihren Weg nach Norden fortgesetzt. Flüchtlingsorganisationen kritisieren, dass die Behörden in Mexiko wenig unternehmen, um die Sicherheit der Migrantinnen und Migranten zu gewähren. Das Land befindet sich in einem Zwiespalt. Einerseits hat die mexikanische Regierung die Grenz- und Einwanderungspolitik der USA scharf kritisiert. De facto kommt dem Nachbarland jedoch eine entscheidende Rolle bei der Kontrolle der Migration in die USA zu. Im Jahr 2014 erließ die Regierung von Präsident Enrique Peña Nieto den »Plan Frontera Sur«. Irregulär Eingereisten, die an Mexikos Südgrenze aufgegriffen werden, droht seither die Abschiebung, oft bevor etwaige Asylanträge bearbeitet werden.

Auf die derzeitigen Flüchtlingsgruppen reagierte die mexikanische Bundespolizei an der Grenze mit Gummigeschossen und Tränengas. Ein Honduraner, der mit der zweiten »Karawane« unterwegs war, kam hierbei ums Leben. »Es ist eine Schande, wie sich die Regierungen Guatemalas, Honduras' und Mexikos dem Druck der USA beugen«, meint Fuentes. US-Präsident Donald Trump hatte gedroht, Hilfszahlungen an die mittelamerikanischen Länder einzustellen. Mexiko drohte er, die Ratifizierung des neuen nordamerikanischen Freihandelsabkommens könne an der Migrationsfrage scheitern.

»Inmitten dieser politischen Krise wollen sie mich ins Gefängnis stecken, um einen Sündenbock zu haben. So können sie die Gründe, aus denen die Menschen das Land verlassen, unter den Teppich kehren«, sagt Fuentes. Auf die Frage, wie es für ihn weitergehe, antwortet er unsicher: »Ich weiß es nicht.« Man habe ihm vorgeschlagen, in Mexiko oder El Salvador Asyl zu beantragen. »Ich möchte aber wieder nach Honduras. Es gibt dort viel zu tun in Sachen Menschen- und Flüchtlingsrechte«, sagt Fuentes entschieden.